

**Globalisierung – Herausforderung an
die politische Handlungsfähigkeit.**

Wertekommission der CDU Deutschlands

Besser für die Menschen.



CDU

Gliederung

Vorwort von Laurenz Meyer	3
Vorwort von Christoph Böhr	5
1. Globalisierung und ihre Auswirkungen	7
2. Chancen global nutzen: Die Position der CDU	7
3. Bedingungen für das Gelingen der Globalisierung	8
4. Globalisierung als soziale Herausforderung	10
5. Bildung, Wissenschaft, Forschung, Kultur	11
6. Rolle der Medien und politische Erwachsenenbildung	13
7. Europa und Nordamerika (USA und Kanada): In Geschichte und Erfahrungen vereint	16

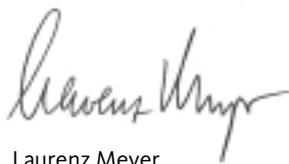
Liebe Leserinnen, liebe Leser,

die Globalisierung sorgt nicht nur in Deutschland, sondern weltweit für kontroverse Debatten. Sie bestimmt, wie wenig andere Begriffe, die täglichen Nachrichtenmeldungen und die praktische Politik. Globalisierung steht dabei für Hoffnungen und Ängste zugleich. Das stellt uns vor große Herausforderungen und Fragen.

Antworten auf diese Entwicklung zu finden ist nicht immer einfach, aber zwingend notwendig. Als die große Volkspartei der Mitte leitet die Christlich Demokratische Union Deutschlands ihre Antworten von ihrem christlichen Menschenbild ab.

Mein großer Dank für das vorliegende Diskussionspapier zur Globalisierung gilt der Wertekommission der CDU Deutschlands und ihrem Vorsitzenden und Stellvertretenden Vorsitzenden der CDU, Dr. Christoph Böhr, MdL.

Dieses Papier soll der weiteren inhaltlichen Auseinandersetzung und dem Gespräch mit interessierten Bürgern und gesellschaftlichen Gruppen dienen. Dazu lade ich Sie herzlich ein.



Laurenz Meyer
Generalsekretär der CDU Deutschlands



Liebe Leserinnen, liebe Leser,

Politik und Politiker haben sich von den Problemen der Menschen entfernt – so lautet heute ein oft zu hörender Vorwurf. Gerade die Globalisierung weckt bei vielen Menschen Befürchtungen und Sorgen. Bei anderen dagegen stehen die vielfältigen Möglichkeiten einer Begegnung der Kulturen im Vordergrund ihrer Erwartungen. Globalisierung kann also Chance und Risiko zugleich sein. Mit beidem muss sich eine verantwortungsvolle Politik, müssen sich Politiker beschäftigen.

Die Wertekommission der CDU Deutschlands hat den Versuch unternommen, Chancen und Risiken der Globalisierung zu beschreiben, um auf Grundlage unserer christlichen Grundüberzeugungen zu einer Antwort der CDU auf diese Herausforderungen zu finden.

Aufgabe der Politik ist es, die Risiken der Globalisierung zu beherrschen und die Chancen

zu nutzen. Wir sind überzeugt: Mit den richtigen Rahmenbedingungen, auf der Grundlage der Sozialen Marktwirtschaft und in einer Weltfriedensordnung können alle Menschen, in den reicheren wie in den ärmeren Ländern, zu Gewinnern der Globalisierung werden.

Grundvoraussetzung dafür ist die weltweite Achtung universal geltender Menschenrechte, nicht nur in christlich geprägten Ländern. Diesem Ziel fühlt sich die CDU besonders verpflichtet.



A handwritten signature in dark ink, consisting of two distinct, stylized parts that appear to be 'Ch' and 'Böhr'.

Dr. Christoph Böhr
Vorsitzender der Wertekommission
Stellvertretender Vorsitzender der CDU
Deutschlands

1. Globalisierung und ihre Auswirkungen

Globalisierung steht als Begriff für die zunehmende Mobilität von Menschen, Arbeit und Kapital, Gütern und Dienstleistungen auf globalen Märkten. Globalisierung bewirkt damit einen tiefgreifenden Wandel in Konsum-, Investitions- und Arbeitsmustern, Lebensstilen, kulturellen Ausdrucksformen und gesellschaftlichen Strukturen. Die gewohnten funktionalen und emotionalen Bedeutungen von räumlichen und zeitlichen Grenzen verändern sich.

Die ökonomischen und kulturellen Prozesse der Globalisierung entfalten sich aus eigener Dynamik und in einer anscheinend ungezügelter Beschleunigung. Sie nähren Zweifel an der Handlungsfähigkeit der Nationalstaaten und verlangen nach einem angemessenen Ordnungsrahmen. Immer mehr Menschen bei uns und in anderen Ländern fürchten, gegenüber weltweit operierenden Unternehmen und Kapitalanlegern am Ende auf der Seite der Verlierer der Globalisierung zu stehen. Daraus entstehen Spannungen und Konflikte. Viele fühlen sich zudem durch eine wachsende grenzüberschreitende Kriminalität beunruhigt.

Die Kritiker der Globalisierung beklagen einen überstürzten Wandel in den alltäglichen Lebensgewohnheiten und befürchten den Verlust wirtschaftlichen Wohlstands, sozialer Sicherheit und kultureller Traditionen. Sie registrieren Ängste vor Verlust von Arbeitsplätzen und Sozialleistungen als Folge verschärften Wettbewerbs. Sie sehen das Vertrauen in Gesellschaftsordnungen erschüttert, die dem einzelnen bisher das Gefühl von Schutz und Sicherheit gaben. Viele Kritiker verstehen die Aktivierung von Abwehrkräften, die sich aus Ängsten vor Fremdbestimmung und Identitätsverlust aufbauen, als ein legitimes Mittel zum Selbstschutz. Häufig vermischen sich damit anti-amerikanische und antikapitalistische Vorbehalte. Befürworter sehen in der Globalisierung vor allem die Chancen für die weltweite Überwindung von

Armut und Entwicklungsrückstand. Sie verweisen auf die wachsende Verarmung von Gesellschaften, die sich abschotten, und den gestiegenen Wohlstand in den Gesellschaften, die sich der Globalisierung mit offenen Grenzen ökonomisch und kulturell stellen. Sie erkennen bisher ungeahnte Möglichkeiten für wirtschaftliches Wachstum auf der ganzen Welt, für die Steigerung des Wohlstands in den reichen Ländern, für die Bekämpfung der Armut in den wenig entwickelten Ländern und für die Sicherung des Friedens durch internationale Zusammenarbeit.

2. Chancen global nutzen: Die Position der CDU

Die Politik steht vor der Aufgabe, der Globalisierung den angemessenen Ordnungsrahmen zu geben. Die CDU stellt sich dieser Herausforderung. Sie will den positiven Kräften der Globalisierung Entfaltungsraum geben und die damit verbundenen Chancen für eine internationale Stärkung der Sozialen Marktwirtschaft nutzen.

- Die CDU begreift Globalisierung deshalb als ordnungspolitische Gestaltungsaufgabe. Diese obliegt – sowohl in den gesellschaftlichen Transformationsprozessen wie auch in der Zusammenarbeit in den internationalen Institutionen – in erster Linie den Nationalstaaten. Globalisierung führt nicht zu deren Auflösung. Die Nationalstaaten sind auch in einer globalisierten Welt ihren Bürgern politische Heimat und verantwortlich für den inneren wie den äußeren Schutz und die soziale Sicherheit.
- Die CDU strebt Bedingungen an, unter denen die Menschen auf allen Kontinenten an den Chancen der Globalisierung in Freiheit teilhaben können. Dies setzt den weltweiten freien Austausch von Ideen und Gütern voraus.
- Der Kritik an der ökonomischen Globalisierung begegnet die CDU nicht zuletzt mit einer Politik der Universalisierung der Menschenrechte für

eine menschenwürdige und gerechte Welt.
Denn:

- ▶ Die Universalisierung der Menschenrechte bringt Freiheit.
- ▶ Die Universalisierung der Freiheit ermöglicht kulturelle Vielfalt, Selbstbestimmung und weltweit wirtschaftlichen Wohlstand.

Die Lösungen sucht die CDU auf der Grundlage ihrer zentralen Werte:

- Die aus dem christlichen Menschenbild hervorgegangenen Menschenrechte haben universelle Gültigkeit. Sie begründen das Recht jedes einzelnen auf Selbstbestimmung in Freiheit und Verantwortung auch unter den Bedingungen globaler Prozesse.
- Der freiheitliche, auf Gewaltenteilung gegründete Rechtsstaat ist das Leitbild für eine dem Weltfrieden verpflichtete internationale Staatenordnung.
- Die christliche Verpflichtung zur Solidarität mit den Schwachen stützt sich auf den Grundsatz der Subsidiarität, der Hilfe zur Selbsthilfe und Chancengerechtigkeit fordert.
- Der Anspruch jedes Individuums auf eine seinen Begabungen angemessene Bildung hat universelle Gültigkeit.
- Die Verantwortung des Menschen für die Schöpfung verlangt einen schonungsvollen Umgang mit den Ressourcen der Natur. Nationale und internationale Umweltpolitik müssen sich daher an ökologischer Nachhaltigkeit messen lassen.
- Zur Erhaltung der persönlichen Freiheit gehört die Abwehr staatlicher Bevormundung. Ökonomischen Protektionismus und kulturelle Abschottung hält die CDU für untaugliche Mittel zur Lösung der Globalisierungsprobleme. Ihre negativen Folgen überwiegen bei weitem die Risiken der Globalisierung.
- Für die CDU sichert der Föderalismus Identi-

täten und Vielfalt in einer globalen Ordnung. Daraus ergibt sich der Vorrang auf regionalen Eigenständigkeiten beruhender, föderaler Strukturen vor zentralistischen Bestrebungen.

- Heimat, Geborgenheit und gesellschaftliche Identität entstehen in kleinen Gemeinschaften. Ehe und Familie verdienen deshalb auch in der globalisierten Welt den besonderen Schutz des Staates.

Die CDU stellt sich mit ihrem Konzept für die Schaffung von nationalen und internationalen Rahmenbedingungen dem gesellschaftlichen Diskurs über Stärken und Schwächen, Bedingungen und Folgen der Globalisierung. Die CDU sucht den Dialog mit den gesellschaftlichen Organisationen wie Kirchen, Gewerkschaften, Wirtschaftsverbänden, Bürgerrechtsbewegungen und Organisationen der Entwicklungshilfe. Die CDU will damit die Voraussetzung für ein national und international koordiniertes Handeln schaffen.

3. Bedingungen für das Gelingen der Globalisierung

Die von der CDU angestrebten Rahmenbedingungen müssen die Folgen der Globalisierung im Sinne eines klaren ordnungspolitischen Ansatzes freiheitlich und freiheits-sichernd bewältigen. Dieses gilt im nationalen Rahmen ebenso wie im internationalen Zusammenhang.

Die innerstaatliche Politik unseres Landes muss sich stärker als bisher mit der Frage auseinandersetzen, wie sie die ordnungspolitischen Rahmenbedingungen einer gelingenden Globalisierung für Deutschland garantieren kann. Anstatt den Begriff der Globalisierung zu dämonisieren, ist eine konkrete Auseinandersetzung mit den Möglichkeiten, Leistungen und Schwächen der politischen Konzepte für die Rahmenbedingungen erforderlich, unter denen Globalisierung fruchtbar gemacht werden kann.

Die CDU als die Partei der Sozialen Marktwirtschaft stützt ihr Konzept auf die Erfahrung, dass Märkte allgemeinen Wohlstand nur unter der Bedingung einer geeigneten Ordnung hervorbringen.

Die bisher bestehenden Rahmenordnungen sind vorrangig auf nationale Volkswirtschaften zugeschnitten. Eine weltweit gültige Ordnung ist erst im Entstehen. Für ihre Ausformung gibt es bisher keinen Grundkonsens. In der ordnungspolitischen Diskussion werden zwei Strategien verfolgt:

- Die etatistische Strategie rechnet die Probleme dem Versagen des Marktes zu und empfiehlt daher Regulierung, Bändigung und Zähmung der Märkte durch politisches Handeln.
- Die andere, von der CDU verfolgte Strategie erkennt die Ursache der Konflikte in den Defiziten der bestehenden Rahmenordnungen. Die CDU will der Globalisierung eine Ordnung geben, die deren Dynamik erhält und sie auf das Ziel lenkt, den allgemeinen Wohlstand in einer internationalen Sozialen Marktwirtschaft zu mehren.

Die CDU knüpft an die Charta der Vereinten Nationen und die dort anerkannten universalen Menschenrechte, das Selbstbestimmungsrecht und das Bekenntnis zum demokratischen Staatsaufbau an. Sie sieht in der angestrebten Ordnung eine Chance, diesen Werten auch dort Geltung zu verschaffen, wo sie den Menschen noch verwehrt werden.

Das Gelingen der Globalisierung hängt von ihrer Verknüpfung mit Menschenrechten, Demokratie und Sozialer Marktwirtschaft ab. Offene Gesellschaften, Meinungsfreiheit, demokratische Rechenschaftspflicht und rechtsstaatliche Sicherheit sind dafür unabdingbar.

Diese Entwicklung muss den Zugang zu verbesserten Ausbildungsmöglichkeiten für alle Menschen einschließen. Globalisierung kann ihre positiven Kräfte nur dort für die Menschen entfalten, wo die

Bildungssysteme ihnen die Möglichkeit geben, ihre Talente zu entwickeln und einzusetzen.

Globalisierung gelingt nur auf der Grundlage wirtschaftlicher Freiheit und des Wissens um deren Vorteile. Damit sich die positiven Kräfte entfalten können, sind die Mobilität von Menschen sowie freier Austausch von Ideen, Dienstleistungen, Gütern und Kapital erforderlich. Internationale Zusammenarbeit und die Weiterentwicklung der internationalen Handels- und Finanzordnung sind unabdingbar. Die CDU will existierende Regelungen dort erneuern, wo sie sich als unzulänglich erwiesen haben.

Die nationale und internationale Entwicklungshilfe für die armen Länder muss in der von der CDU angestrebten Globalisierungsordnung berücksichtigt werden. Die reichen Industrienationen können auf Dauer die Vorteile der Globalisierung nicht genießen, wenn nicht auch die Menschen in den armen Ländern überdurchschnittlich profitieren.

Aus wirtschaftlicher Sicht haben die Länder, die sich am internationalen Handel beteiligen, von der Globalisierung stark profitiert. Das Pro-Kopf-Einkommen hat sich in den letzten 50 Jahren weltweit real knapp verdreifacht, bei gleichzeitiger Reduzierung der Arbeitszeit in den Industrieländern. Entgegen oft geäußerten Meinungen gehören viele weniger entwickelte Länder zu den Gewinnern. Ökonomische Studien haben gezeigt, dass Entwicklungsländer, die ihre Märkte geöffnet haben, in ihrer wirtschaftlichen Leistung stärker gewachsen sind als Länder mit abgeschotteten Märkten.

Den positiven Auswirkungen der Globalisierung liegt eine wirtschaftliche Gesetzmäßigkeit zugrunde: Je größer und offener die Märkte, desto größer der Anreiz, die individuellen Fähigkeiten zu entfalten sowie durch Innovationen neue Produkte und Verfahren zu entwickeln. Dieser kreative technische Fortschritt erhöht die Produktivität und damit das Wachstum und den Wohlstand. Vor allem über die Verbilligung von Kommunikation und Transport verstärken sich technischer Fortschritt und Globalisierung gegenseitig.

Die Länder, die sich der Globalisierung verweigern und ihre Märkte abschotten, können nicht das Einkommen erwirtschaften, das zur Mehrung von Bildung und Kapital sowie zu mehr Chancengerechtigkeit, Handel und Wohlstand führt.

Wichtige Elemente des angestrebten Ordnungsrahmens finden sich bereits in den bestehenden internationalen Organisationen. Mit dem Abschluss der GATT-Verträge 1947 und mit der Gründung der Welthandelsorganisation 1995 sind die Grundlagen einer internationalen Handelsordnung gelegt worden. Sie dient der internationalen Rechtssicherheit. Ihr Mandat ist die zunehmende Liberalisierung des Handels. Ebenso wie die internationale Finanzordnung bedürfen diese Regelungen einer dauernden Weiterentwicklung.

Die CDU will die bestehenden Institutionen der Völkergemeinschaft für eine erfolgreiche Globalisierung nutzen. Den Vereinten Nationen und ihren Gliederungen, der Welthandelsorganisation, dem Weltwährungsfonds, der Welternährungsorganisation, der Organisation für Zusammenarbeit und Entwicklung, internationalen Arbeitsorganisationen, der Weltbank und anderen Entwicklungsbanken sowie dem Internationalen Gerichtshof kommt dabei eine besondere Verantwortung zu.

Die Voraussetzung für das Funktionieren der angestrebten Regeln ist eine kulturübergreifende Verständigung über die gemeinsame Verantwortung. An dieser Verständigung müssen die Religionsgemeinschaften in besonderer Weise mitwirken.

In der Auseinandersetzung um die Bedingungen der Globalisierung stellen sich auch Fragen der Legitimierung politischen Handelns. Die CDU befürwortet die Einbeziehung der Nichtregierungsorganisationen (Non Governmental Organisations, NGOs) in die Abstimmung über die Rahmenbedingungen. Mitverantwortung tragen auch die transnational agierenden Unternehmen. Den Vorrang für Entscheidungen und die Letztverant-

wortung für die rechtlich und politisch verbindlichen Bedingungen haben jedoch die demokratisch legitimierten politischen Instanzen.

Die CDU hat wie keine andere Partei gesellschaftspolitische Erfahrungen, die sie in die Gestaltung der normativen Regelungen für die Globalisierung einbringt. Unter der Führung der Unionsparteien erhielt der ökonomische Erfolg der Bundesrepublik Deutschland in der Sozialen Marktwirtschaft seine ordnungspolitische Grundlage: Die Soziale Marktwirtschaft sieht den Menschen als freie, verantwortliche Person, die als Individuum gleichsprüchlich auf ihre Mitmenschen bezogen ist. Sie basiert auf dem Grundsatz, dass alle Menschen aufgrund ihrer unterschiedlichen Fähigkeiten und Fertigkeiten verpflichtet sind, aber auch die Fähigkeit haben, einen Beitrag zu dieser optimalen Güterversorgung zu leisten. Zugleich ist es aber auch Aufgabe der Gesellschaft und des politischen Handelns, alle zu befähigen, sich an diesem wirtschaftlichen Prozess zu beteiligen, also eigenverantwortlich zu handeln und Verantwortung zu übernehmen. Im Prozess der Globalisierung setzt sich die CDU für eine internationale Soziale Marktwirtschaft ein. Das erleichtert es, in Deutschland die Gesellschaftsordnung zu erhalten, die als Soziale Marktwirtschaft Eigennutz und Gemeinwohl miteinander verknüpft hat.

4. Globalisierung als soziale Herausforderung

Globalisierung zerstört einerseits alte Bindungen und Sicherheiten, eröffnet aber andererseits neue Freiheitsräume und stärkt die Bedeutung lokaler und regionaler Lebensbezüge. Die CDU will globale Märkte, vielfältige Entfaltungsmöglichkeiten eines jeden, Handlungsspielräume für die Wirtschaft und soziale Verantwortung für die Menschen vereinen.

Diese soziale Verantwortung gilt auch im Hinblick auf den Verlust überschaubarer Lebensformen, der sich aus der zunehmend geforderten Mobilität der Menschen in der globalisierten Wirtschaft ergibt.

Die Globalisierung konkretisiert sich in der Ausdehnung früher eng begrenzter Märkte auf die ganze Welt. Globalisierung kommt auf der Produzentenseite dem zugute, der in der Lage ist, Angebote weltweit zu platzieren. Funktionierende Marktwirtschaft lässt die Menschen frei über die Angebote entscheiden.

Globalisierung kann zu wirtschaftlichen Härten führen. Wenn Güter oder Dienstleistungen anderswo in der Welt billiger angeboten werden können als an ihren angestammten Produktionsorten, kann dies über Rationalisierung oder Produktionsverlagerung bestehende Arbeitsplätze und Kapital überflüssig machen. Diese Veränderung mit einem Minimum an sozialer und menschlicher Härte zu meistern, ist eine Voraussetzung dafür, dass die Globalisierung von den betroffenen Menschen als wirtschaftlicher und zivilisatorischer Fortschritt angenommen wird.

Hier sind die Bildungs- und Sozialpolitik gefordert. Sie müssen jedem die Chance eröffnen, sich in einem rasch wandelnden wirtschaftlichen Umfeld produktiv einzubringen. Zugang zu verbesserten Schul- und Ausbildungsmöglichkeiten vor dem Berufseintritt wie auch während des Berufslebens fördern die Fähigkeit, mit Veränderungen in der Arbeitswelt umzugehen und die Produktivität zu erhöhen.

Wem es nicht gelingt, sich den Veränderungen anzupassen, der darf nicht ins Bodenlose fallen. Ein soziales Netz, das die Existenz sichert, ist für jede Gesellschaft unerlässlich. Die sozialen Sicherungssysteme dürfen jedoch nicht die Arbeitsbereitschaft untergraben, indem sie die Mobilität der Arbeitnehmer lähmen oder den Anreiz zur Arbeit und Weiterbildung schwächen. Sozialpolitik muss selbst produktiv sein: Sie muss Existenzen sichern und Teilnahme am wirtschaftlichen Prozess fördern.

Unser Einsatz für die Entwicklung ärmerer Länder muss der Förderung produktiver Kräfte dienen. Soziale Marktwirtschaft in einer globalen Entwicklung verpflichtet die wohlhabenden Volkswirtschaften, den Gesellschaften Hilfe zur Selbsthilfe

zu geben, die im wirtschaftlichen Wettbewerb mit Nachteilen zu kämpfen haben und diese aus eigener Kraft nicht überwinden können.

Parallel dazu sind internationale Hilfen, die einzelnen Staaten, z. B. von der Weltbank, gewährt werden, so zu sichern, dass sie den Menschen in den betroffenen Gebieten zukommen und nicht in Kanälen der Korruption verschwinden, auf privaten Konten lokaler Potentaten landen oder für Waffenkäufe missbraucht werden.

Die sozialen Aufgaben, denen sich die wohlhabenden Staaten der westlichen Zivilisation im eigenen Interesse stellen müssen, können nur dann erfolgreich wahrgenommen werden, wenn die Empfängerländer und -gesellschaften Bedingungen eingehen: Mindestforderungen an demokratische Strukturen, Gewährung von Menschenrechten und Vertragstreue sind unerlässlich.

Zugleich sind internationale Normen zu entwickeln, die Kartellbildungen weltweit operierender Anbieter unterbinden.

5. Bildung, Wissenschaft, Forschung, Kultur

Mit der Globalisierung steigt die Bedeutung von Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur.

Für unser rohstoffarmes Land, für unsere wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit ebenso wie für unser kulturelles und unser soziales Klima sind Wissen und Fertigkeiten entscheidende Faktoren.

Damit wir den Wandel in der Welt verantwortlich mitgestalten können, müssen wir durch wissenschaftliche, kulturelle, ethische und politische Bildung die erforderlichen Fähigkeiten vermitteln. Wer fremde Kulturen verstehen will, muss die eigene Kultur kennen. Dazu gehört auch die Erziehung in den Werten, von denen die eigene Kultur geprägt ist.

Die Grundlagen dieser Erziehung werden in den Familien gelegt. In den Familien beginnt auch das Erlernen der sozialen Kompetenz, die heute in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens von jedem einzelnen verlangt wird.

Angesichts der Dynamik der Globalisierung müssen die einzelnen Stufen des Bildungswesens enger miteinander verzahnt werden. Der Weiterbildung im Sinne eines „lebenslangen Lernens“ kommt erhöhte Bedeutung zu.

Daraus entstehen neue Aufgaben für die Bildungs-, Forschungs- und Hochschulpolitik sowie die Kulturpolitik, die auch in der Europäischen Union ein Eckpfeiler des Föderalismus bleibt. Die CDU will die internationale Wettbewerbsfähigkeit unserer Bildungs- und Forschungseinrichtungen steigern, die internationale Anziehungskraft unserer Hochschulen stärken und unsere Kultur mit ihren großen Leistungen in den Dialog mit anderen Kulturen einbringen.

Mit der Globalisierung geht eine Intensivierung der Begegnungen von Menschen unterschiedlicher Kulturen einher. Zugleich findet eine Ökonomisierung der Kultur statt, die sich in einem erweiterten Kulturbegriff niederschlägt. Kritiker der Globalisierung wenden sich in der Regel nicht gegen eine Ausbreitung der klassischen Hochkultur des Westens, sondern gegen eine globale Alltagskultur, die von global operierenden Unterhaltungs- und Lifestyle-Industrien gestiftet wird. Die Kritiker befürchten angesichts weltweit verwertbarer Lebensstile den Verlust traditionell gewachsener kultureller Eigenheiten und eine Vereinheitlichung der Lebensformen, die durch Massenmedien und Werbung gefördert wird.

Wer aber regionale und nationale Kulturtraditionen im Wettbewerb mit den neuen Formen globaler Alltagskultur erhalten will, muss dafür sorgen, dass sie eine ökonomische Grundlage haben. Kulturelle Vielfalt und Eigenständigkeit können sich ohne ökonomische Basis weder erhalten noch entwickeln.

Deutschland – heute noch bei den Globalisierungsgewinnern – ist in der Gefahr des wirtschaftlichen

Abstiegs zu den Globalisierungsverlierern, wenn die notwendigen Anstrengungen unterbleiben. Der innovative Vorsprung unserer Wirtschaft hat im Vergleich zu aufsteigenden Ländern qualitativ und quantitativ nachgelassen. In der Dynamik der Globalisierung bleibt aber nur wettbewerbsfähig, wer sich ständig erneuert und weiter entwickelt. Bildung, Wissenschaft und Forschung haben hierfür eine Schlüsselrolle und müssen entsprechend unterstützt werden.

Die CDU will daher die ökonomischen Vorteile der Globalisierung auch der Sicherung der Vielfalt des kulturellen Erbes in der Welt zukommen lassen. Allein diese Vielfalt sichert Kreativität und Innovation.

Die Vielfalt beruht auf Traditionen und Erfahrungen nationaler und regionaler Kulturen. Die Globalisierung ermöglicht den gegenseitigen Zugang zu anderen Kulturen und den interkulturellen Austausch in einer Reichhaltigkeit, die ohne den technischen Fortschritt in Kommunikation und Verkehr nicht möglich wäre.

Für uns Deutsche ist das eine zweifache Chance. Wir erfreuen uns auf vielfältige Weise an den direkten und an den medial vermittelten Begegnungen mit anderen Kulturen. Wir sehen uns dabei herausgefordert, uns unsere eigenen kulturellen Werte in der Auseinandersetzung mit anderen Kulturen neu zu erschließen.

Zugleich muss die Bundesrepublik Deutschland danach streben, dass unsere kulturellen Leistungen und Traditionen global gegenwärtig und zugänglich bleiben. Das ist Hauptaufgabe der Auswärtigen Kulturpolitik. Ihre Bedeutung nimmt in der Globalisierung nicht ab, sondern zu.

Als Christliche Demokraten treten wir für eine Auswärtige Kulturpolitik ein, die mit den zentralen Elementen unserer großen Kulturtradition vertraut macht und unser kulturelles Erbe in den interkulturellen Dialog einbringt. Die Erhaltung und der Ausbau der deutschen Schulen im Ausland erfordern dabei besondere Pflege.

Wir sollten uns darauf besinnen, dass der Ruf unseres Landes in der Welt ganz wesentlich auf dem Ansehen seiner wissenschaftlichen und kulturellen Leistungen beruht. Kultur kann in diesem Verständnis auch als Standortfaktor wirksam gemacht werden.

Die CDU sieht Kultur als einen gesellschaftlichen Faktor, der Heimat schafft. Gerade in den Zeiten, in denen der Verlust von Sinnpotenzialen und Verwurzelungen in gewohnten Strukturen beklagt wird, bedarf es der Festigung regionaler und lokaler Kultur, die dem Bedürfnis nach Heimat und Identität Rechnung trägt.

Unsere Bildungseinrichtungen müssen sich darauf einstellen, dass sich jeder, der einen sinnvollen Kulturdialog will, seiner eigenen Kultur immer wieder aufs Neue versichern muss. Europa wird dabei auf eine Klärung seiner Leitbilder und seiner Leitkultur nicht verzichten können.

Die Globalisierung verlangt, im Inland der Vermittlung von Sprachkenntnissen auf allen Stufen unseres Bildungswesens mehr Gewicht zu geben. Zugleich muss unsere Auswärtige Kulturpolitik für die Erhaltung und Stärkung der Vermittlung deutscher Sprachkenntnisse im Ausland die angemessenen Mittel bereitstellen.

Was bisher vernachlässigt wurde, erhält in der Globalisierung erhöhte Bedeutung: Internationalität auch in der Berufs- und Weiterbildung. Dies schließt ein, dass der internationale Austausch in Ausbildung und Beruf gesellschaftlich und rechtlich gefördert wird.

6. Rolle der Medien und politische Erwachsenenbildung

Die Medien, insbesondere das Fernsehen und das Internet, spielen bei der Globalisierung eine herausragende Rolle. In den Sendungen des Massenmediums Fernsehen und in der vom Internet

erschlossenen Vielfalt individueller Kommunikationsmöglichkeiten wächst die Welt zusammen. Lokale Ereignisse erhalten globale Öffentlichkeit und damit globale Bedeutung. Alles ist überall und in Echtzeit präsent.

Ein wachsendes Verständnis von Ursachen, Wirkungen, Zusammenhängen, Gegensätzen und Einordnungen vermittelter Ereignisse ist damit in der Regel nicht von vornherein verbunden. Die Vervielfältigung der überall und permanent verfügbaren, immer schneller verbreiteten Informationen verbindet sich nur dort mit Verständnis und Einsicht, wo die Verständnisvoraussetzungen für die Rezeption gegeben sind. Wo diese fehlen, führen Informationsbruchstücke, die nicht in Zusammenhänge eingeordnet werden können, beim Rezipienten zu Verwirrung und zu Fehlschlüssen.

Die tägliche Informationsflut verlangt zwingend Vereinfachungen, damit die Bürger die wichtigsten Zusammenhänge aufnehmen, verstehen und beurteilen können. Allerdings wird diese Aufgabe oft nur unzureichend erfüllt: Ideologien bieten Vereinfachungen komplizierter Vorgänge und Probleme an, oft mit Hilfe moralischer Vorurteile und vermitteln Verstehensillusionen. Die Fähigkeit, Probleme realistisch zu beurteilen, geht verloren. In der Falle der Verstehensillusion ist ein Scheitern der simplifizierenden, aber eben auch der realistischen Lösungen fast unabwendbar.

Gerade im Zusammenhang mit der Globalisierung tragen die Medien eine hohe Verantwortung, bei aller notwendigen Informationsverdichtung die grundlegenden Zusammenhänge verständlich herauszuarbeiten. Nur wenn die Bürger ein angemessenes Verständnis für die neuen Problemstrukturen entwickeln können, besteht eine Chance, dass sie Lösungsvorschläge mittragen.

Die Verantwortung dafür können jedoch nicht die Medien übernehmen. Ihre Funktion ist die Vermittlung aller verfügbaren Informationen, nicht die politische Agitation. Die Verantwortung für das politische Handeln unterliegt dem Wettbewerb

der politischen Parteien und der gesellschaftlichen Akteure. Ihre Orientierungsfähigkeiten und ihre Kompetenzen zur Lösung von Problemen werden durch die Schnelligkeit der massenmedialen Informationsverarbeitung herausgefordert.

Um in der Mediengesellschaft die Mediennutzer in die Lage zu versetzen, Einzelinformationen über die Globalisierung in sachliche Zusammenhänge einzuordnen und die Funktionsweisen moderner Gesellschaften besser zu verstehen, erhält die politische Bildung erhöhte Bedeutung. Die politischen Stiftungen und die anderen Träger der Erwachsenenbildung müssen den Problemen der Globalisierung, ihren Auswirkungen und ihren Lösungskonzepten mit kompetenten Bildungsangeboten entsprechen. Dafür benötigen sie eine aufgabengerechte Förderung.

7. Europa und Nordamerika (USA und Kanada): In Geschichte und Erfahrungen vereint

Die Globalisierung hat historische Vorläufer. Schon in der Antike gab es vernetzte Wirtschaftsräume und regen kulturellen Austausch. Im Römischen Reich förderten völkerübergreifende Rechtsordnung und die Ausbreitung der eigenen Zivilisation als Leitkultur die Einheit des Imperiums.

Die Globalisierung, die wir heute erleben, sprengt jedoch alle historischen Vergleiche. Sie ist wesentlich durch die wirtschaftliche Stärke Nordamerikas (USA und Kanada) und ihre Übertragung in militärische Überlegenheit, durch die Durchsetzung marktwirtschaftlicher Prinzipien in der Weltwirtschaft und durch die politische Förderung demokratischer Entwicklungen vorangetrieben worden. Die Reaktionen der Globalisierungskritiker richteten sich folglich in erster Linie gegen Nordamerika (USA und Kanada). Sie sind auch ein Reflex tatsächlicher und vermeintlicher Unterlegenheit sowie eine Folge europäischer Handlungsschwäche.

Die neue Dimension und Qualität der Globalisierung führt zur Einsicht in die unauflösbare wechselseitige Abhängigkeit aller Gesellschaften und Staaten unserer Zeit. Über staatliche, geschichtliche, kulturelle, religiöse und wirtschaftliche Grenzen hinweg hat sich eine Vorstellung entwickelt, die die Menschheit als eine Einheit erkennt. Dieses Erkenntnis bezieht sich auch auf alle Arten von Gefahren – ökonomische, ökologische und terroristische.

Deshalb verbindet die CDU Globalisierung im Sinne eines Austauschs materieller Güter und Ideen mit einer Universalisierung im Sinne einer weltweiten Geltung von Werten und Rechten. Zugleich sind wir zur Abwehr politischer Gefahren verpflichtet, die die Grundlagen unserer staatlichen, rechtlichen und gesellschaftlichen Ordnung zerstören können. Zu den Erscheinungsformen der Globalisierung gehört auch das weltweite Agieren von Terroristen. Das bedingt ein neues Sicherheitsbewusstsein, das Konsequenzen für die Verteidigungs- und Bündnispolitik hat.

Die Europäische Union ist auch eine gemeinsame Antwort der Europäer auf die Herausforderung der Globalisierung: Gemeinsam können die europäischen Völker ihr Schicksal in einer zusammenwachsenden Welt besser selbst bestimmen und steuern. Die europäischen Nationalstaaten bewahren sich durch ihren Zusammenschluss in der EU Handlungsmöglichkeiten, die sie alleine längst verloren hätten.

In der EU werden die gemeinsamen historischen und ethischen Wurzeln der europäischen Völker zum Motor der Gestaltung einer sie vereinigenden Zukunft. Die christlich-jüdischen Fundamente der abendländischen Kultur in Verbindung mit der gemeinsamen Erfahrung der Aufklärung, aber auch der furchtbaren Irrwege der europäischen Geschichte spiegeln sich in dem Willen, die Globalisierung mit vereinten Kräften zu gestalten.

Die Europäische Union ist aber auch konkret politische Antwort auf globale Herausforderungen, und zwar in doppeltem Sinne: einmal geht

es darum, dass viele Aufgaben – von der Wirtschaftspolitik über den Umweltschutz bis hin zur Kriminalitätsbekämpfung – nur noch gemeinsam angegangen werden können. Außerdem kann im Zeitalter der Globalisierung politischer Einfluss nicht mehr geltend gemacht werden, wenn jeder Staat auf sich gestellt ist. Es bedarf regionaler Integrationsprozesse, die für die Wahrung von Gestaltungsmöglichkeiten heute unerlässlich sind. Nicht als Nationalstaaten, sondern als Partner im europäischen Bündnis setzten sich die Mitglieder der Union mit der Globalisierung und ihren Folgen auseinander. Nahezu alle wichtigen politischen Fragen der Handels- und Finanzordnung, der Sozialpolitik, Entwicklungspolitik, Wettbewerbs- und Forschungspolitik, der Kultur- und Medienpolitik sind – in unterschiedlichem Ausmaß – in den europäischen Handlungsrahmen eingebunden. Auf allen diesen Feldern handelt ein Nationalstaat im Gefüge der Europäischen Union.

Und in verschiedenen Ausprägungen ist heute die Soziale Marktwirtschaft in allen EU-Staaten die Grundlage der Wirtschaftspolitik geworden. Die Menschen in ganz Europa erwarten, dass die Globalisierung nach diesen Grundlagen geordnet wird und unübersehbare Ungerechtigkeiten sowie Defizite schrittweise überwunden werden.

Die CDU sieht in der Europäischen Union und in der transatlantischen Partnerschaft mit Nordamerika (USA und Kanada) Wertegemeinschaften, auf die sich die Bundesrepublik Deutschland bei der weiteren Ausgestaltung der angestrebten Ordnung für die Globalisierung stützen muss. Denn die Vernetzungs- und Verflechtungsprozesse der Globalisierung finden auf dem Hintergrund realer politischer und wirtschaftlicher Machtstrukturen statt.

Die Europäische Union ist dabei das erfolgreichste Beispiel für die Fähigkeit, aus der Erfahrung von Krisen und Kriegen zukunftsorientierte neue Strukturen über die herkömmliche nationalstaatliche Ordnung hinaus zu errichten. Sie wird ihre Rolle als Akteur und als Modell jedoch nur wahrnehmen können, wenn sie eine gemeinsame

Regelung ihrer Außenbeziehungen, einschließlich ihrer Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik, institutionell einrichtet.

Europa und Nordamerika (USA und Kanada) haben gemeinsame Wurzeln. Das politische System der Vereinigten Staaten geht auf europäisches Denken zurück. Ohne diese europäischen Ursprünge ist die Identität der Vereinigten Staaten nicht formulierbar. Nordamerika (USA und Kanada) und Europa bleiben daher in der politischen Kommunikation und Interaktion auch künftig aufeinander angewiesen.

Mit Nordamerika (USA und Kanada) verbindet die EU in der transatlantischen Gemeinschaft ein gemeinsames Verständnis von Macht, das Veränderungen durch Zusammenarbeit im Rahmen geregelter Beziehungen, basierend auf Multilateralismus, internationalem Völkerrecht und den Vereinten Nationen, zu bewirken sucht. Diesem Machtverständnis entsprangen auch die heute auf die Globalisierung einwirkenden zwischenstaatlichen Institutionen. Deshalb ist die Voraussetzung für die Teilnahme an der friedlichen Gestaltung der Globalisierung eine kooperative Art, Macht auszuüben. Dieses Machtverständnis sucht Veränderungen nicht konfrontativ, sondern durch Zusammenarbeit im Rahmen geregelter Beziehungen zu bewirken.

Dem steht der Anspruch des auf weltweite Ausbreitung angelegten islamistischen Fundamentalismus entgegen. Deshalb spielt sich die weitere Ausformung der von uns angestrebten Ordnung im normativen und politischen Spannungsbereich zwischen offenen Gesellschaften bzw. auf Austausch angelegten freien Demokratien einerseits und andererseits dem Globalisierungsprojekt des Islamismus ab. Dieser verfolgt eine eigene Ordnungsvorstellung, die auf eine weltweite „Gottesherrschaft“ („Hakimiyyat Allah“) abzielt.

Diese tief greifende Spannung mündet in den Gegensatz zwischen offenen Gesellschaften und islamistischem Fundamentalismus. Überbrücken lässt sich dieser Gegensatz nicht, weil die beiden

Globalisierungsmodelle nicht miteinander vereinbar sind. Die Überwindung der westlichen Zivilisation und die Einführung des islamistischen „Gottesstaats“ überall dort, wo große islamische Bevölkerungsgruppen leben, sind das Ziel dieser politisch-religiösen Weltbewegung. Sie schließt das europäisch-nordamerikanische Menschenrechtsverständnis aus. Sie richtet sich auch auf Europa. Deshalb lautet hier die Alternative: Europäisierung des Islam oder Islamisierung Europas. Der Konflikt kann nur gelöst werden, wenn sich der Islam der Universalität der Menschenrechtsidee öffnet.

Der ideologische Imperialismus- und Kolonialismusvorwurf gegen die europäisch-amerikanisch geprägte Zivilisation klammert die historische und ethische Komponente der Stärke des Westens aus. Er ignoriert, dass alle bisher schon bestehenden, allen Menschen dieser Welt zugute kommenden übernationalen Rechtssysteme und Institutionen einschließlich der Vereinten Nationen dem westlichen Zivilisationsmodell ihre Existenz verdanken. Sie sind auf globale Gültigkeit konzipiert, auch wenn sie dem europäisch-amerikanischen Politikverständnis entspringen.

Fortschreitende Globalisierung bedeutet, dass immer mehr Menschen die Chance haben, selbstbestimmt und frei zu leben. Globalisierung bedeutet die Ausbreitung international gültiger Normen sowie der persönlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Freiheit auch dort, wo sie heute noch von Diktatoren oder sozial Mächtigen verweigert werden. Globalisierung verhilft den Menschenrechten weltweit zum Durchbruch, weil Menschenrechte universale Gültigkeit haben. Dafür tritt die CDU ein.

Wir müssen den Konflikt mit jenen austragen, die argumentieren, Menschenrechte könnten nicht überall gelten, sondern seien für einzelne Kulturen unterschiedlich zu werten. Die CDU tritt klar dafür ein, dass jeder Mensch, unbeschadet seiner Rasse, Religion, seines Geschlechts oder seiner Überzeugungen ein uneingeschränktes, von Gott gegebenes Recht auf körperliche Unversehrtheit und auf freie Entfaltung seiner Talente genießt. Die Würde des Menschen ist unantastbar – weltweit.

Diese Sicht hat wesentliche Wurzeln im jüdisch-christlichen Abendland. Sie wurde von Europa aus in die Welt getragen, nicht zuletzt durch die Einwanderer nach Amerika. Aber auch im islamischen oder im asiatischen Denken finden sich heute Ansätze für die globale Anerkennung der Menschenrechte. Daraus erwächst die Chance, eine weltweite Allianz für die Freiheit, für die Menschenrechte und für eine internationale Soziale Marktwirtschaft zu bilden. Dafür tritt die CDU ein.

In der CDU haben deshalb alle Menschen – unabhängig davon, aus welcher Tradition heraus sie sich leiten lassen – eine politische Heimat, die diese Ziele teilen.

Die Kultur der Freiheit ist nicht auf christliche Kulturen und Gesellschaften beschränkt. Nichtchristliche Gesellschaften können in dieser Tradition von Freiheit gleichberechtigt an der Überwindung der Globalisierungsprobleme mitwirken. Europa und die USA machen mit diesem Verständnis der Globalisierung allen Menschen und allen Gesellschaften ein Angebot zur Teilhabe, bei der alle Mitwirkenden gestalterische Spielräume erlangen, wenn sie innen- und außenpolitisch die Menschenrechte anerkennen.

Herausgeber

CDU-Bundesgeschäftsstelle | Marketing und Interne Kommunikation | Klingelhöferstraße 8 | 10785 Berlin
Telefon 030 22070-0 | Telefax 030 22070-111 | post@cdu.de | www.cdu.de

03/0604 | **Bestell-Nummer: 5804**